

Eilmeldung – H4-Vermittlungsausschuss....

Nicht auf Go(n)d(er)ot warten – LN lesen...

Neues von der H4-Vermittlungsfront – Wir sind bloss froh, dass zwei bestimmte Herren aus dem KV Kleve nicht in Berlin sitzen und Anträge stellen....

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie Ihr der aktuellen medialen Berichterstattung entnehmen könnt, sind die Verhandlungen zu Hartz IV im illegalen Spitzengremium des Vermittlungsausschusses gestern Nacht gescheitert.

Heute Morgen, übrigens auf den Tag genau ein Jahr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, hat sich Gregor Gysi mit einem Schreiben an den Bundestagspräsidenten, Dr. Norbert Lammert, gewandt und unsere Ausgrenzung und die schlechte Informationspolitik gegenüber der LINKEN scharf kritisiert. Dieses Schreiben füge ich zu Eurer Kenntnis in der Anlage bei.

Heute Vormittag tagte der Vermittlungsausschuss. Gegen 16.00 Uhr am heutigen Nachmittag fand eine Sondersitzung unserer Fraktion statt, über deren Ergebnis ich Euch hiermit informieren möchte:

1. Es gibt ein unechtes Vermittlungsergebnis. Dieses haben unsere Genossinnen im Vermittlungsausschuss abgelehnt.
2. Die Köderangebote seitens der Regierung, wie z.B. Equal Pay in der Leiharbeit nach drei Monaten, waren für uns nicht verhandelbar. Wir haben sie abgelehnt.
3. Wir haben eine Debatte zu dem Thema für Freitag beantragt.
4. Am Freitag werden die Länder Berlin und Brandenburg im Bundesrat das Vermittlungsergebnis ablehnen.

Das ganze Verfahren fand auf dem Rücken der Betroffenen statt. Die Hartz IV-Parteien einigten sich nicht. CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne wollten nie eine verfassungskonforme Lösung, sie treiben Kuhhandel zu Lasten der Hartz IV-Betroffenen. DIE LINKE störte sie bei ihren Deals, z.B. mit unserer konsequenten Forderung nach einem Regelsatz von 500 Euro. Deshalb wurden wir aus den Verhandlungen ausgegrenzt und ein illegales Spitzengremium ohne LINKE eingerichtet. Durch die Unfähigkeit der Hartz IV-Parteien werden Millionen armer Menschen in verfassungsrechtlicher Unklarheit belassen. Dies alles zeigt wieder einmal: Hartz IV muss weg!

Mit solidarischen Grüßen,
Matthias W. Birkwald (MdB DIE LINKE rentenpolitische Sprecher)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Rentenpolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227 - 71215
Telefax: (030) 227 - 76215
Email: matthias-w.birkwald@bundestag.de

www.matthias-w-birkwald.de
www.linksfraktion.de
Berlin, 11. Februar 2011
Der Bundestagspräsident
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1

11011 Berlin

vorab per Fax: 227 70945

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

gestatten Sie mir, Sie auf folgenden Sachverhalt aufmerksam zu machen.

Bekanntlich hat der Bundestag ein Gesetz zur Neuregelung der Hartz IV- Leistungen beschlossen. Der Bundesrat hat das Gesetz abgelehnt. Daraufhin hat die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag angerufen. Der Vermittlungsausschuss bildete eine Arbeitsgruppe, wobei sich die Vertreterinnen und Vertreter von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen einig waren, die Vertreterinnen und Vertreter der Linken auszugrenzen. Daraufhin hat unsere Fraktion eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht beantragt, weil wir eine Verletzung unserer Parlamentsrechte in diesem Vorgang sahen. Das Bundesverfassungsgericht hat an den Vermittlungsausschuss entsprechende Fragen gerichtet, so dass die Verantwortlichen der Meinung waren, dass die einstweilige Anordnung zugunsten unserer Bundestagsfraktion erginge. Daraufhin erklärte Herr Altmaier gegenüber dem Bundesverfassungsgericht, dass eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Fraktion DIE LINKE in die Arbeitsgruppe aufgenommen werde. Das ist dann auch geschehen.

Für die Vertreterinnen und Vertreter von CSU, CDU, SPD, FDP und Grünen bestand nun die Schwierigkeit, dass eine prinzipielle Kritikerin der ganzen Konstruktion von Hartz IV mit in den Runden saß und selbstverständlich anhörte, welche Nebendeals erörtert wurden. Um dies auszuschließen, wurde nun illegal am 19. Januar 2011 eine Gruppe außerhalb der Arbeitsgruppe gebildet, die sämtliche diesbezüglichen Entscheidungen des Vermittlungsausschusses, des Bundesrates und des Bundestages vorbereiten sollte. DIE LINKE wurde wieder ausgeschlossen. Der Vermittlungsausschuss hat damit sein Versprechen gegenüber dem Bundesverfassungsgericht gebrochen. Der Ausschluss der LINKEN ist den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Parteien so wichtig, dass sie bereit sind, dafür das Grundgesetz zu verletzen. Diese illegale Gruppe hat inzwischen mehrfach getagt, ohne eine Verständigung zu erzielen. Es finden jetzt verschiedene Fraktionssitzungen zum Umgang mit den nicht erzielten Ergebnissen statt.

Nun gibt es ein neues Problem für die von mir vertretene Fraktion. Wir haben keine Kenntnis über das nicht erzielte Ergebnis. Uns liegt keine einzige Unterlage, keine einzige Information vor. Allerdings ist unser Mitglied im Vermittlungsausschuss, die Abgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann, zur Sitzung des Vermittlungsausschusses am heutigen Tage um 11.30 Uhr

eingeladen worden. Auch diese Sitzung ist allerdings illegal. Bekanntlich gibt es für die Sitzung des Vermittlungsausschusses eine Ladungsfrist von fünf Tagen. Diese ist nicht eingehalten worden, obwohl unser Mitglied zu einer neuen Tagung des Vermittlungsausschusses eingeladen wurde. Die Vertreterinnen und Vertreter von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen behaupten nun, dass die letzte Sitzung nur unterbrochen worden sei, so dass es keine neue Ladungsfrist gebe. Dies ist eindeutig falsch und zeigt erneut, dass die Vertreterinnen und Vertreter dieser Parteien die Illegalität vorziehen, um irgendwelche politischen – besser wahlkampfaktischen – Ziele zu erreichen. Unsere Vertreterin im Vermittlungsausschuss wird selbstverständlich die Absetzung der Sitzung und die Einhaltung der Ladungsfrist fordern. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der anderen Parteien bei ihrem illegalen Vorhaben bleiben und den Antrag zurückweisen werden. Sollte dies geschehen, erfahre unsere Vertreterin erst dann das Ergebnis der illegalen Verhandlungen an den Vortagen. Das bedeutete, dass wir erst zu diesem Zeitpunkt eine Fraktionssitzung durchführen könnten. Dazu wäre eine Unterbrechung der Sitzung des Bundestages erforderlich.

Darauf wollte ich Sie vorab hinweisen. Sollte also die illegale Sitzung des Vermittlungsausschusses stattfinden, werden wir einen solchen Antrag einbringen müssen. Ich denke, dass für die Unterbrechung eine Stunde ausreichen wird.

Letztlich wollte ich Sie noch dahingehend informieren, dass es hinsichtlich dieses Vorganges beim Hauptsacheverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bleibt. Die Fragen müssen dringend geklärt werden.

Gestatten Sie mir allerdings den Hinweis, dass ich es bedauerlich finde, dass unsere Fraktion ihre Rechte regelmäßig nur über das Bundesverfassungsgericht durchgesetzt bekommt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gysi